

BUG — Welle

Ausgabe Nr. 1, März 2014

Wie aus der Frühstückszeitung die BUG – Welle wurde und warum sie zwischen den Wahlen erscheint

Um einerseits klar darzustellen, dass die BUG-Wählergemeinschaft hinter dieser Zeitung steht und um andererseits Ihre Aufmerksamkeit zu erreichen, haben wir aus der Bezeichnung „Frühstückszeitung“ die

BUG — Welle

gemacht. Der neue Name soll daran erinnern, mit welcher Wucht die BUG auf Anhieb die stärkste Fraktion in unserer Gemeinde wurde.

Wir hatten in unserem Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 26.05.2013 geschrieben, dass wir eine echte Bürgerbeteiligung anstreben, auch in Form einer regelmäßigen Herausgabe von Bürgerinformationen. Dieser Selbstverpflichtung kommen wir hiermit nach. Es ist uns ein Anliegen, Sie über die Aktivitäten und Entwicklungen in der Gemeindevertretung zu informieren. Dazu gehört auch, dass wir über die Gesprächskultur in der Gemeindevertretung und den Ausschüssen berichten. Diese wird ein Schwerpunkt dieser Ausgabe sein.

Wie Sie erinnern, sind wir mit 43,3 % Ihrer Stimmen zur stärksten Fraktion der Gemeindevertretung gewählt worden. Als Ihre Vertreter sitzen wir den Ausschüssen vor oder sind in diesen vertreten. Selbst Ihre hohe Zustimmung zu unserem Programm bedeutet nicht, dass wir tatsächlich entsprechend Ihren Stimmen handeln können. Die beiden anderen Fraktionen bestimmen mit ihrer zusammengefassten knappen Mehrheit die Politikrichtung, so wie sie in den vergangenen Jahren fast immer gemeinsam abgestimmt haben.

In der Praxis bedeutet dies, dass wir in unserer Arbeit immer wieder behindert, diffamiert, nicht informiert und ähnliches mehr werden. Auch darüber berichten wir in dieser Ausgabe. Wir möchten, dass Sie sehen können, dass wir keine leeren Versprechungen gemacht haben, sondern dass wir Ihre Zustimmung sehr ernst nehmen. Auch wenn es so weit geht, dass man uns für unsere Sorgfalt bei der Informationsbeschaffung mit Gefängnis bedroht. Auch davon berichten wir in dieser Zeitung ausführlich.

Die Möglichkeiten dieser Zeitung sind begrenzt, so dass wir Ihnen bei Bedarf auch gerne über diese Texte hinaus mit Rede und Antwort zur Verfügung stehen. Sie finden auf der letzten Seite die Kontaktmöglichkeiten zu Fraktion und Vorstand der BUG-Wählergemeinschaft.

Aus der Gemeindevertretung

An dieser Stelle werden wir Sie regelmäßig in Kurzform über wichtige Beschlüsse in der Gemeindevertretung (GV) und unsere Arbeit in den Gemeindegremien informieren. Die erste Sitzung der Gemeindevertretung im Juni 2013 stand ganz im Zeichen der Neuwahl des Bürgermeisters und der Besetzung der Gemeindeausschüsse. Obwohl es allgemein üblich ist, dass die stärkste Fraktion den Bürgermeister stellt, konnten wir mit unseren 5 Stimmen unseren Kandidaten für dieses Amt, Dietmar Lüdtkke, leider nicht durchsetzen. Da die SPD wie in den letzten Jahren gemeinsam mit der CDU für den bisherigen Bürgermeister Hartwig Bendtfeld stimmte, wurde dieser mit knapper Mehrheit im Amt bestätigt. Schade, dass die SPD-Vertreter die Chance auf einen Neuanfang in der Gemeinde nicht nutzten. Immerhin stellt unsere Fraktion mit Dietmar Lüdtkke und Elin Gramkau die Vorsitzenden von zwei der vier Ausschüsse (Finanzausschuss, Jugend-, Sport- und Kulturausschuss). Dietmar Lüdtkke ist darüber hinaus auch 1.stellvertretender Bürgermeister.

In einer Sondersitzung der Gemeindevertretung im August musste dann unser Vertreter für die Verbandsversammlung des ZV Karkbrook, Uwe Kömer, neu gewählt werden, da dieser in gehobener Position im Zweckverband beruflich tätig ist. Die Neuwahl wurde auf Verlangen der Landesbehörden notwendig. Zuvor hatten weder der Zweckverband noch das Amt Lensahn oder die Kreisbehörden Bedenken geäußert. Es lag hier also – entgegen den noch immer geäußerten Behauptungen von CDU/SPD – eindeutig kein Fehlverhalten der BUG-Fraktion bei der Aufstellung des Kandidaten vor.

In der GV-Sitzung im September letzten Jahres gab es die erste Entscheidung mit finanziellen Auswirkungen für den Gemeindehaushalt, und die hatte es gleich in sich. Auf Antrag und mit den Stimmen von CDU/SPD wurde eine Erhöhung der Sitzungsgelder für die Gemeindevertreter um 20 % und die Erhöhung der monatlichen Aufwandsentschädigung für den Bürgermeister von sogar 25 % beschlossen, und das noch vor den Beratungen zum Haushalt 2014! Auch wenn es legitim ist, die Entschädigungen von Zeit zu Zeit anzupassen, hielt die Fraktion der BUG den Zeitpunkt für völlig verfehlt und hat geschlossen dagegen gestimmt. Nach unserer Auffassung hätten sich Bürgermeister und Gemeindevertretung diese Erhöhung erst einmal „verdienen“ sollen, indem sie zum Beispiel den schwelenden Windkraft-Konflikt lösen. Auch hätte zunächst die Haushaltsplanung des Finanzausschusses für 2014 abgewartet werden müssen. Eine Erhöhung der Entschädigungen gleich zu Beginn einer Legislaturperiode vermittelt doch zu sehr den Eindruck einer Selbstbedienungsmentalität. Da auch die BUG-Fraktion zukünftig von dieser Erhöhung profitiert, haben unsere Fraktionsmitglieder beschlossen, die zusätzlich ausgezahlten Gelder für gemeinnützige Zwecke in unserer Gemeinde zu verwenden.

In der GV-Sitzung am 18.12.13 wurde der Haushaltsplan 2014 für die Gemeinde beschlossen. Auch wenn die Gemeinde weiterhin schuldenfrei ist, weist der Haushalt nur wenig Spielräume auf und wird vermutlich wie in den letzten Jahren in geringem Umfang auf die noch vorhandenen Rücklagen zurückgreifen müssen. Dringend notwendige Zukunftsinvestitionen wie zum Beispiel für den Radweg nach Rütting oder den Breitbandausbau werden in den kommenden Jahre nur durch externe Förderprogramme und Kredite machbar sein.

Ein weiterer Schwerpunkt der Dezember-Sitzung waren die Anträge der BUG-Fraktion, die Bebauungspläne für das Windkraft-Repowering wieder aufzuheben. Über diesen Punkt wird auch an anderer Stelle dieser Ausgabe ausführlich berichtet. Nachdem das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung auf Anfrage der BUG-Fraktion erklärt hatte, dass keine weiteren oder höheren Windkraftanlagen im Gemeindegebiet mehr gebaut werden dürfen, ergab sich nach unserer Auffassung dringender Handlungsbedarf der Gemeinde. Die Pläne sind durch das Bauverbot der Flugsicherung eigentlich funktionslos und faktisch unwirksam geworden. Aus Gründen der Rechtssicherheit halten wir die Aufhebung dieser Pläne für zwingend erforderlich. Leider ergab sich bei einem Abstimmungsergebnis von 5:5 keine Mehrheit für die Aufhebung, CDU/SPD haben wieder geschlossen gegen uns gestimmt. In diesem Zusammenhang fanden wir es besonders verwerflich, dass die internen Beschlussvorlagen bereits vor der Sitzung von interessierter Seite aus der Gemeindevertretung an die Windkraft-Investoren weitergeleitet wurden. Ein eklatanter Missbrauch, offenbar sind da jemandem die Nerven durchgegangen.

EIN POLITIKER IST WIE EIN VEGETARIER, DER DIR DAS BESTE STEAK DEINES LEBENS VERKAUFEN WILL.



Urteilen Sie selbst, wer die politischen Brunnenvergifter sind

B.W.: Herr Diedrich, Sie wurden in der Gemeindevertretersitzung der Amtsanmaßung bezichtigt, der Fraktionsvorsitzende der SPD schimpfte Sie einen „professionellen Hochstapler“ und man drohte Ihnen und Herrn Lüttke sogar mit bis zu zwei Jahren Gefängnis. Lässt Sie das ganz kalt?

Holger Diedrich: Nein, selbstverständlich nicht. Insbesondere aus dem Grund nicht, da wir nur unserer Pflicht als Gemeindevertreter nachgekommen sind, uns umfassend zu informieren.

B.W.: Worum ging es denn überhaupt?

H.D.: Dietmar Lüttke und ich haben uns in einem Schreiben auf neutralem Briefpapier mit unseren Namen und unter Nennung unserer Gemeindeämter beim Bundesamt für Flugsicherung zur Genehmigungsfähigkeit der geplanten Windkraftanlagen erkundigt. Das Thema ist ja seit Monaten in der Presse, wobei wir als Gemeindevertreter überhaupt nicht informiert wurden und der Bürgermeister in der Sache auch nicht tätig wurde.

B.W.: Das ist doch Ihr Recht als Gemeindevertreter. Was ist daran falsch?

H.D.: Nichts! Aber CDU/SPD versuchen es so darzustellen, als ob wir dadurch, dass wir als stellvertretender Bürgermeister und Bauausschussmitglied geschrieben haben, der Flugsicherung signalisiert hätten, die Gemeinde habe uns den Auftrag nach Auskunft erteilt.

B.W.: Das ist doch Blödsinn.

H.D.: Genau. Trotzdem bleibt ein bitterer Nachgeschmack. Wir haben uns mit unserem Engagement dafür eingesetzt, dass bestehendes Recht eingehalten wird, mehr nicht. Und erst als ersichtlich wurde, dass CDU/SPD nicht sorgfältig genug geprüft haben bzw. die erkennbaren Mängel der Planung ignorierten, haben wir uns formiert. Dass wir persönlich von den Auswirkungen der Windmühlen betroffen sind, kommt noch hinzu. Aber niemand hat das Recht, andere zu diffamieren, wenn er seine Ziele nicht erreicht. Und das primitive Gejohle, welches diese unwürdigen Sprüche hervorriefen, zeigt mir, wie die Täter sich zu Opfern der BUG machen wollen.

B.W.: Sie haben auch auf europäisches Recht hingewiesen.

H.D.: Ja, und auch das ist etwas, wo die Haltung der CDU/SPD bei uns Unverständnis hervor ruft. Sehen Sie, das Gesetz sieht zu unserem Schutz vor, bestimmte Bauwerke, die die Flugsicherheit beeinträchtigen können, nicht zu gestatten. Was ist daran falsch? Haben wir uns nicht alle verpflichtet, möglichen Schaden von der Gemeinde abzuwenden? Wen vertreten CDU/SPD denn überhaupt noch? Dabei haben die beiden Parteien nicht einmal eigene Argumente vorgebracht. Das haben sie Herrn Raloff vom Amt Lensahn, warum auch immer, überlassen. Neben unterschiedlichen Gesetzesauslegungen war das Hauptargument von Herrn Raloff, dass das seit vier Jahren bestehende europäische Gesetz, nämlich die Ausdehnung der Sicherungszone von 3 auf 15 Km um das Flugfunkfeuer in Heringsdorf, eventuell umgangen werden kann.

B.W.: Ist Herr Raloff auch Flugsicherungsexperte?

H.D.: Meines Wissens nicht, aber CDU/SPD sind ihm ohne eine einzige Frage zu stellen gefolgt.

B.W.: Und nun?

H.D.: Nachdem der von uns aufgezeigte Weg, Rechtssicherheit herzustellen, von CDU/SPD abgelehnt wurde, wird nun das Oberverwaltungsgericht zu entscheiden haben, eigentlich ein Armutszeugnis für die Gemeindevertretung. Ich gehe fest davon aus, dass Bürger jetzt klagen werden, um ein „nächtliches Rotlichtviertel“ in der Gemeinde noch zu verhindern.

B.W.: Vielen Dank für das Gespräch



Nachdenkliches

Was ist eigentlich Demokratie
 und wie erfüllt man Sie?
 Im Duden steht als Sinn-Gehalt:
 Alle Macht der Volksgewalt.
 Also trifft der Bürger den Entscheid:
 Wie man was in der Kommune treibt;
 und wem sie dieses Vertrauen geben
 für ein künftiges Zusammenleben.
 Keinesfalls ist unter Demokratie
 zu verstehen
 nur rein rechnerisch Mehrheiten
 einzugehen,
 um einen Wählerauftrag nicht zu
 respektieren,
 sondern im Gegenteil –
 diesen zu ignorieren.
 Man kann sich auch in diesem Moment
 fragen:
 Haben 43 % nichts zu sagen?
 Nun ist sie doch da, die 3. Kraft,
 doch CDU und SPD bleiben
 „oberlehrerhaft“
 und vertreten als Meinung vehement,
 dass ein Bürger
 das eigene Wohl nicht kennt,
 nur sie, die CDU und SPD allein,
 wissen, was wird gut
 für die Gemeinde sein.
 Doch das ist das Schlimme:
 Man missachtet des Volkes Stimme.
 Neuerdings, um eigene Versäumnisse zu
 kaschieren, beginnt man,
 uns öffentlich zu diffamieren.
 Denn unter Verletzung vom
 Verschwiegenheits-Gebot,
 wird uns mit Gefängnis gedroht!
 Jeder Normaldenkende
 begreift geschwind:
 Wie erbärmlich ist dieses Geistes Kind!
 Doch diebisch lachend
 hält man sich den Bauch
 und alles wegen
 angeblichem Amtsmissbrauch!
 Aber der mündige Bürger
 wird nicht schlafen
 und diese Ignoranz
 bei der nächsten Wahl
 bestrafen,
 mit der man sich mühsam
 zu Entscheidungen quält
 und die Meinung des Normalbürgers
 nichts mehr zählt.
 Als Fazit, um das es hier geht,
 und um allem einen Sinn zu geben:
 Kommt jemand in seiner Besinnung zu
 spät, den bestraft das Leben.

U.K.

Informationen zur Breitbandversorgung

Nachdem die Ortsteile Riepsdorf und Quaal im letzten Jahr von der Telekom endlich schnellere Internetanschlüsse bekamen, ist die „digitale Spaltung“ in unserer Gemeinde durch die weiterhin extrem schlecht versorgten Ortsteile Tomsdorf, Altratjensdorf, Koselau und teilweise Gosdorf besonders spürbar geworden. Abhilfe wird hier mittelfristig nur das Verlegen von Glasfaserleitungen schaffen können. Zur Unterstützung des Glasfaserausbaus ist auf Kreisebene im Laufe dieses Jahres die Gründung eines Breitband-Zweckverbands geplant, an dem sich die Gemeinde vermutlich beteiligen wird. Eine kurzfristige Lösung für die betreffenden Ortsteile ergibt sich möglicherweise durch den Einsatz der Richtfunktechnik, wie sie die Firma L-Net in Teilen Ostholsteins bereits anbietet. Die BUG hat inzwischen direkten Kontakt zu diesem Anbieter aufgenommen mit dem Ziel, dass die Errichtung eines Sendemastes im Gemeindegebiet geprüft wird.

Falls Sie unter einer langsamen Internet-Verbindung leiden, gibt es für Sie aber vielleicht jetzt schon die Möglichkeit einer Verbesserung. Seit einiger Zeit bietet die Telekom an, die DSL-Übertragung auf den sogenannten „Rate Adaptive Mode“ (RAM-DSL) umzustellen. Im Gegensatz zu DSL ohne RAM mit fest eingestellter Bandbreite bedeutet RAM-DSL, dass sich Ihr Router zusammen mit der Vermittlungsstelle automatisch auf die höchstmögliche Bandbreite der Anschlussleitung einstellt, wobei die maximal erreichbare Geschwindigkeit variabel ist. Besonders positiv schlägt der Rate Adaptive Mode in Gegenden mit schlechter Internetanbindung zu Buche, beispielsweise in unserem ländlichen Bereich. Hier können Internetnutzer von deutlich höheren Übertragungsraten profitieren. In Teilen Gosdorfs konnten Einwohner der Gemeinde die Übertragungsgeschwindigkeiten durch diese Umstellung nahezu verdoppeln! Fragen Sie einfach bei der Telekom oder Ihrem Anbieter nach, ob Sie auch RAM-DSL erhalten können, es könnte sich lohnen.

H.D.



Aus den Arbeitsgruppen

Die BUG hat gleich nach der Wahl fünf Arbeitsgruppen gebildet, die alle ein - oder mehrmals getagt haben. Die Arbeitsgruppen beraten zu den Themen:

AG 1: Wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum

Ein erster Versuch, mit Firmen in Kontakt zu kommen, ist erfolgt. Als grundsätzliches Problem, kleine bzw. mittelständische Firmen zu interessieren, hat sich die fehlende schnelle Internetverbindung herausgestellt.

AG 2: BUG-Welle und Website

Die AG tagt kontinuierlich.

AG 3 : Soziales

Über die Arbeit dieser AG berichtet Elin Gramkau in einem eigenen Artikel.

AG 4 : Vereine und Verbände

Die Arbeit erfolgt sitzungsbegleitend.

AG 5: Infrastruktur

Die Arbeit erfolgt sitzungsbegleitend.

AG 6: Neue Zukunftsperspektiven

Die AG nahm ihre Arbeit am 13.02.14 auf. Sie ist aus der internen Diskussion entstanden, als sichtbar wurde, dass die Gemeinde einen stetigen Einwohnerrückgang hat und es keine Konzepte gibt, wie dieser aufzuhalten sei.

Ziele aller Arbeitsgruppen:

Die ganze Last der Arbeit soll nicht nur auf den Schultern der Gemeindevertreter liegen. So haben es sich die Arbeitsgruppe zur Aufgabe gemacht, sich gründlich in die Themen einzuarbeiten und die Gemeindevertreter mit sachdienlichen Hinweisen zu versorgen.

Die Wege der Gemeinde sind sonderbar

Ich weiß mich in bester Gesellschaft, wenn ich mich über die für den allgemeinen Verkehr gesperrten Wege in unserer Gemeinde ärgere. Es ist nicht nachvollziehbar, dass von der Gemeinde Wege unterhalten werden, die ausschließlich dem landwirtschaftlichen Verkehr und eventuell noch Fahrradfahrern zugutekommen. Insbesondere nicht, da diese Wege teils asphaltiert sind. Nach meiner Auffassung müssten die Landwirte, wenn sie schon das alleinige Wegerecht besitzen, sich an deren Unterhalt beteiligen und nicht die Allgemeinheit damit belasten. Es ist schon schlimm genug, dass sie mit ihren teilweise über 40 t schweren Maschinen Straßen und Wege benutzen, die für maximal 20 t ausgelegt sind und dabei nicht einmal so vernünftig sind, freiwillig 20 -30 km/h zu fahren. Meine Forderung nach einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf höchstens 30 km/h resultiert aus dem Wissen, dass, je schwerer und schneller ein Fahrzeug ist, dieses eine davon abhängige „Welle“ vor sich herschiebt und die Lebensdauer der Straße verkürzt. Was wiederum bedeutet, dass wir anderen Gemeindemitglieder für die Schäden dieser Unvernunft aufkommen müssen. Als Grund für die Sperrung wird die Sicherheit der Radfahrer vorgeschoben. Aber denen ist ein PKW, der mit 30 km/h fährt, sicher lieber als eine übergroße, dann noch zum Teil mit 60 km/h schnelle Landmaschine.

Die Rede ist hier vom Gosdorfer Bruchweg, der in den Totenweg mündet und dem Totenweg selbst. Auf diesen, für uns andere Bürger gesperrten Wegen wird auf Gemeinkosten im Winter Schnee geschoben. Profitieren tun von diesem eigentlich vorbildlichen Einsatz ausschließlich Landwirte, so dass sich der Gedanke aufdrängt, dass alle anderen Einwohner Bürger zweiter Wahl sind. Oder wie soll man sonst verstehen, dass ausschließlich für die Landwirte kostenfrei Wege abgezogen und verfüllt werden. Diesen Service genießen wir anderen Bürger, die an selten befahrenen Straßen wohnen, nicht oder nur sehr eingeschränkt.

In diesem Zusammenhang möchte ich über eine sehr eigenwillige Sanierung meiner Straße berichten. Nachdem Bauarbeiter die Auffahrten hochgenommen, die Straße asphaltiert und Absperrungen aufgebaut hatten, kam es zu dem nun folgenden. Die Straße war noch nicht trocken, die Ränder sowieso noch nicht verfüllt, was, wie sich später herausstellen sollte, noch nicht einmal in Auftrag gegeben war, da schoben Mitarbeiter eines ortsansässigen Unternehmens die Absperrungen beiseite und fuhren Gülle auf die Felder. Und das, obwohl es einen anderen Weg gibt. Meine Versuche, sie aufzuhalten oder den Bürgermeister zu erreichen, scheiterten.

Selbst der Fraktionsvorsitzende der SPD empörte sich über den Quatsch, die Seitenränder der frisch asphaltierten Straße nicht zu verfüllen. Es gilt offenbar bei einigen Straßenbaumaßnahmen: „Ich muss auf's Feld, egal wie!“

A.W.



Ein Modell für Riepsdorf ?

Bereits jetzt sind 40 - 50 % der Haushalte in Deutschland Single-Haushalte. Ältere Menschen stellt die Aussicht, allein auf dem Land zu leben, vor kaum lösbare Aufgaben. Zu diesem Thema präsentierte Henning Scherf (Exbürgermeister Bremen) in Neustadt Modelle für die älter werdende Bevölkerung Deutschlands. Dort, wo solche Projekte durchgeführt wurden, haben sie eine positive Auswirkung auf die Entwicklung der Region. Sein Beispiel der Wohngemeinschaften für Mehrgenerationen oder Alterswohngemeinschaften kann eine Lösung für die Probleme sein, die in wenigen Jahren auch für unsere Gemeinde von Bedeutung sein werden. Ein Mehrgenerationenmodell kann auch für unsere Gemeinde ein Beispiel sein. Um so etwas umzusetzen, muss man vorher reden, erklären, was einem wichtig ist und durch gemeinsame Unternehmungen sich besser kennenlernen.

Auf Fehmarn hat sich der Seniorenbeirat des Problems bereits angenommen. Die ersten Schritte in Form eines Nachbarschaftsnetzes sind getan. Weitere Beispiele für ähnliche Initiativen gibt es bereits in Kiel, Norderstedt und Bordesholm. Selbst in einem kleinen 300-Seelen-Dorf bei Ratzeburg, so berichten die Lübecker Nachrichten am 30.01.14, sind 80 Einwohner in einer Seniorengenossenschaft tätig.

Unterstützung finden sie im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung sowie in den „Generali Zukunftsfonds“, die im Rahmen des Landesprogramms „Gutes Leben im Alter“ Hilfe anbieten.

Die BUG will sich dieses Problems annehmen. Als erstes wurde die zweite Versammlung auf Fehmarn besucht und der Kontakt zum Paritätischen Wohlfahrtsverband in Kiel gesucht. Dort sollen die Kontaktpersonen ausfindig gemacht und Besuchstermine vereinbart werden.

Zeitgleich werten wir den Zensus (Volkszählung) nach den entsprechenden Daten unserer Gemeinde aus. Die Ergebnisse wollen wir intern diskutieren und dann unseren Vertretern präsentieren.

Wir können uns jede Menge zukunftssichernde Modelle vorstellen. Sie bleiben alle theoretischer Natur, wenn wir es unseren Gemeindemitgliedern nicht ermöglichen, ihre Gedanken, Wünsche und Möglichkeiten mit einzubringen.

Aber erst müssen wir Zahlen, Daten und Fakten sammeln und auswerten. Das wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Wenn wir diese Phase abgeschlossen haben, freuen wir uns auf

Sie und Ihre Anregungen.

J.P.+W.A.

Bürger-Quiz

Das gemeinnützige Spiel für die ganze Gemeinde

Erstmals veranstaltet die BUG am:

05.04.2014 ab 19:00 Uhr

in Bruhn's Gasthof

einen gemütlichen Quiz-Abend für alle Vereine und Bürger der Gemeinde Riepsdorf.

Dieses Quiz ist wie das alte Stadt-Land-Fluss-Spiel aufgebaut. Zu diesem Quiz sind Dreier-Teams als Ratemannschaften zugelassen. Für die Bildung der Dreier-Teams gibt es keine Vorgaben. So können sich Ratemannschaften aus den Dörfern, aus Vereinen, der Feuerwehr, Straßen oder aus am Abend spontan gebildeten Gruppen zur Teilnahme melden.

Ähnlich wie beim Preisskat oder vergleichbaren Veranstaltungen zahlt jeder Teilnehmer ein Startgeld von 7,50€, ein Team also 22,50€.

Von diesem Geld werden Preise für die Teams ausgelobt und der verbleibende, hoffentlich hohe Überschuss fließt einem Verein oder einer anderen Organisation zu. Wer den Überschuss erhält, das entscheidet das Los, das vom Siegerteam gezogen wird.

Wir werden die Vereine und andere Organisationen unserer Gemeinde noch in Form einer Einladung informieren.

Für die Bürger unserer Gemeinde werden weitere Einzelheiten in der Tagespresse (LN) und im REPORTER erscheinen.

Wir versprechen einen spannenden und lustigen Abend und hoffen auf Ihren regen Zuspruch für unser gemeinnütziges Quiz.

Ihr Quiz-Team

Eine Gemeindevertretersitzung aus Sicht eines Zugezogenen

Am 18.12.2013 fand in Riepsdorf eine Gemeindevertreterversammlung statt, die ich als neu Zugezogener besuchen konnte. Ich betrat den Saal durch die Schankstube. Als Uninformierter war ich auf erläuternde Hinweise, die ich von meinem Nachbarn erhielt, angewiesen. So wurde ich auf die interessante Lagerbildung aufmerksam gemacht. Die größere Menschenmenge bewegte sich nach rechts und gab sich bald lautstark als Windmüllerfraktion zu erkennen. Für einen Außenstehenden war nicht zu unterscheiden, wer zur CDU/SPD gehörte und wer als Nichtparteimitglied anwesend war. Dagegen waren die Anhänger der BUG leicht auszumachen. Sie sprachen in normaler Lautstärke miteinander. An der Stirnseite des Saales zwängten sich die Volksvertreter um einen langen Tisch und saßen, den Lagern entsprechend, ihrer Klientel gegenüber.

Der Bürgermeister eröffnete, anscheinend den Gepflogenheiten entsprechend, mit launigen Worten die Sitzung. Alles schien seinen normalen Verlauf zu nehmen, bis er einem Herrn von der rechten Seite das Wort erteilte. Dieser kündigte drei Fragen an die BUG an. Verwundert darüber, dass nicht erkennbar Fragen gestellt wurden, sondern er über ein Papier räsonierte, das er, wenn alles mit rechten Dingen zugegangen wäre, nicht kennen konnte, wartete ich auf das Eingreifen des Bürgermeisters. Aber der machte nicht, wie es seine Pflicht gewesen wäre, den Urheber des Vertrauensbruchs ausfindig, sondern ließ den Herrn belustigt weiterreden. So konnte dieser die Bürgerfragestunde ungestraft dazu missbrauchen, unbescholtenen Bürgern mit Gefängnisstrafen zu drohen. Das war starker Tobak.

Diesem vorläufigen Höhepunkt folgte rasch ein weiterer, als der Bürgermeister einem „Einheimischen“ von der wohl über 25 km entfernten Insel Fehmarn das Wort erteilte. Den Zwischenruf eines offenkundig dem BUG-Lager Zugehörigen (später erfuhr ich durch eine wüste Tirade des Bürgermeisters, dass es sich um den Parteivorsitzenden der BUG handelte) nach Einhaltung der Geschäftsordnung, ignorierte der Bürgermeister souverän. Und so konnte der Gast fröhlich und munter, unter dem Beifall der rechten Saalseite, eine Lanze für die Aufrüstung der Windräder brechen. Hier eine Inszenierung zu vermuten, drängt sich nicht nur missgünstig Denkenden auf.

Wer nun glaubte, diese Posse ließe sich nicht mehr toppen, irrte. In offenkundiger Ermangelung eigener Sachkunde (jedenfalls sagten sie kein Wort zu den nun aufgerufenen Tagesordnungspunkten) ließen CDU/SPD einen Herrn vom Amt das europäische Flugsicherungsrecht und seine Folgen interpretieren. Die Dame und Herren der CDU/SPD hinterfragten - und wenn es nur zur Steigerung der eigenen Sachkenntnis gewesen wäre - nicht ein einziges Argument des BUG-Fraktionsvorsitzenden. So kam es, dass sich am Ende für keinen der von beiden Lagern eingebrachten Anträge eine Mehrheit ergab.

Nun aber kam die Stunde der CDU-Fraktionsvorsitzenden, die sich über den Verfall der guten Sitten in der Gemeindevertretung beschwerte. Man habe ihr nicht die Hand geschüttelt, empörte sie sich! Wie um den sofortigen Beweis für den Sittenverfall zu beweisen, grölte ein Gemeindevertreter ... „Sie sind politische Hochstapler“. Das war, wie ich erfuhr, der Fraktionsvorsitzende der SPD, der anscheinend etwas verwechselt hatte. Da wurde selbst der Teebeutel rot - vor Scham!

Der Bürgermeister verlor nun vollends die seinem Amt entsprechende Rolle als Leiter der Versammlung und fiel über den Parteivorsitzenden der BUG her, der, als sich bei einem offiziellen Empfang zur 800-Jahr-Feier des Klosters Cismar kein „Offizieller“ aus Riepsdorf blicken ließ, Grüße der Gemeinde überbracht hatte. Statt sich für die Abwendung der Peinlichkeit zu bedanken, bedachte er den BUG-Vorsitzenden mit Äußerungen, für die er eine Woge begeisterter Zustimmung der rechten Seite fand.

Als Neuling in der Gemeindeversammlung kann ich nicht viel zur Sache sagen, aber eines war auffällig: Die BUG sorgte sich um mehr Lebensqualität, die Sicherheit der Bürger sowie um Umweltschutz in der Gemeinde, während CDU/SPD durch ihre Fürsprecher den Eindruck erweckten, ausschließlich für die finanziellen Interessen der Windmüller zu stehen.

Den Bürgern dieser Gemeinde kann man nicht raten, sich eine solche Versammlung zuzumuten. Oder doch? Vielleicht, um nur einmal zu sehen, auf welchem Niveau sich einige ihrer Vertreter und ihr Parteivolk bewegen.

W.A.

Tu Gutes und sprich drüber...

Anja Nölting ist es zu verdanken, dass die Gemeinde Riepsdorf eine Theatergruppe hat. „Digger‘ Dacklünken“ hatte am 31.01.14 mit dem Stück „Nochmal Glück hatt!“ Generalprobe. Die Gruppe besteht aus sieben Mitgliedern und wünscht sich weitere, die Lust am Spielen und Verkleiden haben. Am 16.02.14 und 08.03.14 war das plattdeutsche Lustspiel in Bruhns Gasthof zu bewundern.

Ich war bei meinem ersten Neujahrsempfang der Gemeinde überrascht, wie interessant dieser gestaltet war. Bei einem Glas Sekt hielt der Bürgermeister seine Rede vor rund 30 Gästen. Jedes Jahr stellen sich Vereine vor. Diesmal berichtete die Feuerwehr von ihrer Arbeit, ihrer Ausrüstung und über die Jugendfeuerwehr, die mit viel Engagement bei der Sache ist und gerne weitere Jugendliche aufnimmt. Nächstes Jahr werde ich wieder dabei sein, Sie auch?

Unsere Arbeitsgruppe hat die Spielplatzmängel in Riepsdorf beseitigt. Wir haben außerdem am Gedenkstein des Heimatbundes in Gosdorf die Brombeeren und abgestorbenen Sträucher entfernt. Auch wenn wir nicht alles geschafft haben, wir bleiben dran.

An dieser Stelle möchte ich einmal all den Helfern danken, die ohne große Worte und ohne viel Aufhebens überall dort, wo es nottut, die Gemeinde in Ordnung halten. Stellvertretend für alle sei hier Hans Friedrich Lüdtker genannt.

Zum Schluss möchte ich unbedingt darauf hinweisen, dass wir beim Spielplatz in Altratjensdorf noch einiges auf die Beine stellen müssen! Über Anregungen, wie man was verbessern kann und über Ihre Mitarbeit würden wir uns sehr freuen. Kontaktieren Sie uns einfach. Unsere Adressen finden Sie unten.



Ansprechpartner aus Fraktion und Vorstand:

Haben Sie Fragen oder Anregungen oder möchten Sie sich auch engagieren, erreichen Sie uns unter der E-Mail-Adresse bug-riepsdorf@t-online.de

oder persönlich:

Uwe Körner,	Telefon 04366-1333
Curt Baunach,	Telefon 04363-1221
Holger Diedrich,	Telefon 04366-884440
Dietmar Lüdtker,	Telefon 04366-888470
Henning Hohmann,	Telefon 0172-4575130
Wilfried Wiese,	Telefon 04366-973
Elin Gramkau,	Telefon 04366-496

BUG
Bürgernah & Unabhängig!

Weitere Einzelheiten und nähere Informationen finden Sie auf unserer Website:

www.bug-riepsdorf.de

Dort können Sie auch über ein Kontaktformular mit uns in Verbindung treten

Beiträge von:

Uwe Körner, Holger Diedrich, Elin Gramkau, Martin Gramkau, Axel Wildfang, Jens Paustian und Wolfgang Abraham

Herausgeber: BUG Wählergemeinschaft Riepsdorf e.V., Poggenpohler Weg 17, 23738 Riepsdorf